

*Michael Fleming: In the Shadow of the Holocaust. Poland, the United Nations War Crimes Commission, and the Search for Justice. Cambridge University Press. Cambridge u. a. 2022. VIII, 310 S. ISBN 978-1-009-09898-4. (£ 22,99.)* – Michael Fleming beschreibt in seinem Buch, welche Rolle die polnische Exilregierung in London einnahm, als es darum ging, während der NS-Zeit von deutschen Stellen und Tätern begangene (Kriegs-)Verbrechen auf die politische Agenda der westlichen Alliierten zu setzen. Sie nutzte dazu ihre Publikationstätigkeit und ihre Diplomatie. Zudem waren in Polen gebürtige und ausgebildete Juristen wie Hersch Lauterpacht, Manfred Lachs und Raphael Lemkin an Debatten beteiligt, durch die das Völkerrecht maßgeblich weiterentwickelt wurde. Der Vf. stützt seine Ausführungen auf Bestände der Hoover Institution in Stanford, des Washingtoner Holocaust-Museums, der britischen National Archives, den Londoner Archiven mit den Akten der polnischen Exilpolitik und der Wiener Library sowie des Warschauer Instituts für das Nationale Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej). Die Studie ist in acht Kapitel gegliedert. Darunter handelt Kap. 3 über die *soft diplomacy* der polnischen Regierung, die mit ihrer Informationspolitik auf das „diskursive Umfeld“ (S. 79) in Großbritannien Einfluss nahm, damit aus den im besetzten Polen begangenen Verbrechen die Verpflichtung erwachse, Tätern mit Vergeltung zu drohen und eine Nachkriegsordnung zu schaffen, die ihre Bestrafung ermögliche. Das folgende Kapitel – „War Crimes and the Path towards the UNWCC“ – erweitert den Blick auf andere Gremien, in denen Kriegsverbrechen thematisiert wurden. Kap. 5 über „The UNWCC, Law, and Inter-Allied Politics“ stellt die im Oktober 1942 ins Leben gerufene United Nations War Crimes Commission (UNWCC) in den Mittelpunkt. Die begriffliche Weiterentwicklung der Rechtsvorstellungen orientierte sich an dem Warschauer und später Washingtoner Juristen Lemkin, der im November 1944 seine Studie *Axis Rule in Occupied Europe* veröffentlichte (S. 167). Im sechsten Kapitel geht es um „The Polish Government in Exile’s War Crimes Office“, das 1944/45 darum bemüht war, das Ausmaß der NS-Verbrechen festzustellen. In Kap. 7 betrachtet F. den Zeitraum des Übergangs, nachdem die westlichen Alliierten 1945 die Regierung in Warschau anerkannt hatten und deren Anstrengungen, die Auslieferung Tatverdächtiger aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands an Polen zu erreichen, auf Hochtouren liefen. F. gelingt es, die mannigfaltigen Initiativen detailliert nachzuzeichnen, die mitten im Zweiten Weltkrieg darauf zielten, dem Recht wieder Geltung zu verschaffen und die Bestrafung nationalsozialistischer Verbrecher zu erreichen. Er kann dabei zugleich den wichtigen Beitrag polnischer Juristen in den Blick nehmen, die frühzeitig und maßgeblich daran mitwirkten, als es darum ging, den Grund für die Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts in der Nachkriegszeit zu bereiten.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich